

Fußgängerzone: Arsen sorgt für Mehrkosten

Martin Himmelheber (him)

17. Juli 2020



Deutlich länger und etwas teuer als geplant, weil erheblich schwieriger als erwartet, gestaltet sich die Sanierung der Fußgängerzone vom Hirsoner Platz bis zur Oberndorfer Straße. Bei einem Vor-Ort-Termin am Donnerstagabend hat sich der Ausschuss für Umwelt und Technik den Baufortschritt erläutern lassen.

Am Abzweig von der Steige in die Paradiesgasse schauten die Ausschussmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter in eine enge Baugrube. Da die Steige die Haupttrasse mit Ver- und Entsorgungsleitungen Richtung Sulgen sei, sei es für die Bauarbeiter recht schwierig, hier zu arbeiten, betonte Konrad Ginter von der Abteilung Tiefbau. „Der Hauptkanal von Sulgen her ist jetzt drin“, so Ginter. Es folgten Gas, Wasser und Strom, sowie das Breitbandkabel in der Paradiesgasse. Im Herbst soll dann auch der Straßenbau noch erledigt werden.

Zeitplan verschiebt sich

Der aktuelle Zeitplan sehe vor, dass die gesamte Maßnahme bis ins Frühjahr 2021 dauere. Der Hirsoner Platz werde erst im neuen Jahr umgebaut, erklärte Ginter auf Nachfrage aus dem Gremium.

Die Stadtwerke wollten verständlicherweise keine Notversorgungsleitungen über den Winter betreiben. Das habe schon die seitherigen Arbeiten verzögert, ergänzte Tiefbauchef Horst Bisinger. Schon im November 2019 habe man wegen eines Kälteeinbruchs aufhören müssen. Dass es danach so lange warm blieb, sei nicht vorhersehbar gewesen. „Dann kam die Fasniet und dann Corona...“



Unter schwierigen Verhältnissen müssen die Bauarbeiter graben.

Am Morgen habe es eine Besprechung mit der Baufirma gegeben, wie man gegebenenfalls die Bauarbeiten doch noch beschleunigen könnte. „Das ginge allenfalls mit dem Einsatz von Subunternehmern, die die Anschlüsse der Häuser an die Straße übernehmen“, erklärte Bisinger den Ausschussmitgliedern.

Gepflastert wird die Fußgängerzone in diesem Bereich mit Granit aus Portugal und dem Elsass. Ginter erwartet, dass dieses Material wesentlich stabiler sein wird, als der Porphyrstein, den man in den 80er Jahren verwendet hat. Diese Steine waren häufig gebrochen und der Bauhof musste das Pflaster immer wieder flicken. Auch den Belastungen durch Mülllasten würde der in Bögen verlegte Granit besser standhalten, ist Ginter überzeugt. In den bereits sanierten Nebenbereichen zeigte er auch die Mehrfarbigkeit der Steine mit den in Schramberg häufig vorkommenden Rot- und Grau-Tönungen.



Der neue Granitbelag wird haltbarer sein als das frühere Porphyr. Fotos: him

Dieses Arsen ist wasserlöslich

Die Kosten steigen im Wesentlichen, weil im Aushubmaterial geogenes, also in der Natur vorkommendes, Arsen gefunden wurde. Das sei in Schramberg nicht überraschend, so Ginter. Bei früheren Arbeiten habe man immer wieder Arsen im Aushub analysiert. Anders als sonst ist das Arsen an der Steige aber wasserlöslich und muss deshalb sicherer entsorgt werden.

Bei früheren Arsenfunden mit wasserunlöslichem Arsen habe man den Aushub als sogenanntes Z1.2-Material noch für den Straßenbau oder Industriefundamente einsetzen können. Das in der Steige gefundene Material sei als Z 2 klassifiziert und müsse auf besonderen Deponien abgeladen werden. Da koste die Tonne etwa 60 Euro.

Entsorgung kostet

Weshalb man denn dann überhaupt vorher Proben genommen habe, wollte Emil Rode von der Freien Liste wissen. Man könne eben nicht das gesamte Material vorab untersuchen, so Bisinger. Die Proben beim Aushubmaterial würden vorschriftsmäßig gezogen und analysiert. „Sonst würden die Deponien es gar nicht annehmen“, versicherte Ginter. Im Wesentlichen wegen der Arsenprobleme werde der Kanalbau um etwa 125.000 Euro, der Straßenbau um 85.000 Euro teurer, schätzt er. Kleiner Lichtblick: Da das Arsen geogen sei, müsse man es nicht als Gefahrgut behandeln.

Im Ratssaal wollte Rode weiter wissen, weshalb auch die Anschlüsse an Gebäude zu Mehrkosten führten. Ginter erläuterte, dass man während der Arbeiten auf Verbesserungsmöglichkeiten gekommen sei. So werde etwa eine barrierefreie Zugangsmöglichkeit zum Mühlegraben geschaffen, die eine zusätzliche Stützmauer erforderlich mache.

Kinder-Rutsche bei der AOK

Oskar Rapp (Freie Liste) fragte, ob eine Kinderrutsche nicht auch beim Abgang zur AOK möglich wäre. Die ursprünglich geplante Rutsche an der Oberndorfer Straße hatte man aus Sicherheitsgründen verworfen. Bisinger berichtete, er habe sich vorhin die Stelle angeschaut. „Von ganz oben wäre es sicher zu gefährlich, aber ab der Hälfte könnte man das bauen.“ Wenn die Zufahrt zur Tiefgarage gerichtet werde, könnte man die Rutsche dort einplanen.



Hier könnte sich Horst Bisinger eine Kinderrutsche vorstellen.

Der Ausschuss stimmte einmütig dem Vorschlag der Verwaltung zu, die voraussichtlichen Mehrkosten im Haushalt 2021 einzuplanen.